

ZUR PERSON



► Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker will im Bundestagswahlkampf für die CDU von Kanzlerin Angela Merkel werben. „Man hat mich bereits gebeten, und ich habe bereits zugesagt“, sagte der Christdemokrat dem „Spiegel“. Er fühle sich Merkel und der CDU verbunden. „Davon abgesehen, würde ich im deutschen Wahlkampf mit ein paar Vorurteilen aufräumen“, sagte der frühere Eurogruppen-Chef. „Es ist ja in Deutschland eine sehr verbreitete Sicht, dass nur die Deutschen dem Zweiklang von Solidarität und Solidarität verpflichtet sind.“ Gegen Luxemburg habe die EU-Kommission nie ein Verfahren wegen eines exzessiven Etatdefizits eröffnet, gegen Deutschland aber schon. Text/Foto: dpa

KURZ NOTIERT

Starker Zulauf für Salafisten

Berlin. Der starke Zulauf für potenziell bedrohliche Salafisten in Deutschland beunruhigt die Sicherheitsbehörden. Ihre Zahl hat sich laut Verfassungsschutz im vergangenen Jahr von 3800 auf 4500 erhöht. Zusammen mit etwa 1000 gewaltbereiten Islamisten stellten sie „eine ernst zu nehmende Gefahr“ dar, sagte Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen dem „Focus“. „Wenn der Staat gegenüber salafistischen Bestrebungen nicht klare Kante zeigt, besteht die Gefahr, dass diese Gruppen weiter wachsen. Es ist denkbar, dass die Bereitschaft zur Gewalt, auch zu Anschlägen, zunimmt“, sagte Maaßen. (dpa)

Syrische Rebellen lassen Blauhelme wieder frei

New York. Nach drei Tagen in der Hand syrischer Rebellen sind 21 Blauhelm-Soldaten wieder frei. Am Samstag passierten die vor allem von den Philippinen stammenden Männer die Grenze nach Jordanien, wie die UNO in New York bestätigte. Im Osten Syriens gründeten islamistische Kampfbrigaden derweil ein Scharia-Komitee mit dem Ziel, in den von ihnen eroberten Gebieten zu regieren. Die UN-Soldaten waren unweit der von Israel besetzten Golanhöhen verschleppt worden. Sie gehören der Un-Of-Mission an, die eine syrisch-israelische Waffenruhe auf den Golanhöhen überwacht. (dpa)

KONTAKT

AZ-Politik-Redaktion: (montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-393
Fax: 0241/5101-360
az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

IMPRESSUM

Aachener Zeitung

Als Aachener Volkszeitung 1946 gegründet von Jakob Schmitz, Dr. Josef Hofmann, Dr. Albert Maas und Johannes Ernst.

Ausgaben:
Aachener Zeitung, Aachener Zeitung - Nordkreis, Eifeler Zeitung, Stolberger Zeitung, Eschweiler Zeitung, Geilenkirchener Zeitung, Heinsberger Zeitung, Dürener Zeitung, Jülicher Zeitung.
Herausgeber: Aachener Verlagsgesellschaft mbH
Chefredakteur: Bernd Mathieu.
Stellv. Chefredakteur:
Erich Behrendt, Bernd Büttgens.
Büro Chef vom Dienst:
Georg Müller-Sieczkarek, Thomas Thelen.
Verantwortliche Redakteure: Peter Pappert (Politik), Hermann-Josef Delonge (Wirtschaft/Kultur), Claudia Schweda (Region/Lokales), Maria Enders (Service), Christoph Pauli (Sport), Andreas Herkens (Magazin).
Lokalredaktionen: siehe Lokalteil.

Verlag: Zeitungsverlag Aachen GmbH, Geschäftsführung: Andreas Müller
Postfach 500 110, 52085 Aachen, Dresdener Str. 3, 52068 Aachen.
Anzeigen: Thomas Pelzer
Druck: Euregio Druck GmbH, Dresdener Str. 3, 52068 Aachen.

Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Schuld des Verlages – etwa in Fällen höherer Gewalt oder durch Störung des Arbeitsfriedens – entsteht kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. Januar 2013. Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich jeweils zum Ende des nachfolgenden Monats gekündigt werden. Im Abonnement- und Einzelverkaufspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Zeitung und ihrer Heimatzeitungen wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Zum 10. Jahrestag lobt die SPD-Spitze die „Agenda 2010“

Altkanzler Schröder fordert eine Weiterentwicklung. Steinmeier lobt das Reformpaket als „Ausbruch aus der Abwärtsspirale“.

Berlin. Zehn Jahre nach Ankündigung der „Agenda 2010“ dringen Regierung und Opposition auf eine Weiterentwicklung des Reformpakets. Führende SPD-Politiker werten die von Rot-Grün durchgesetzten Sozialreformen kurz vor dem Jahrestag als großen Erfolg, der Deutschland vor dem Niedergang bewahrt habe. Der frühere SPD-Kanzler Gerhard Schröder verlangt, die Wettbewerbsfähigkeit mit einer Agenda 2020 zu

stärken. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagt: „Jetzt geht es darum, dass Menschen, die sich anstrengen, auch Chancen haben, voranzukommen.“

Schröder hatte das Reformpaket am 14. März 2003 im Bundestag präsentiert. Umgesetzt wurden die Schritte einschließlich der Hartz-IV-Regelung bis Anfang 2005. Die „Agenda 2010“ war mit Einschnitten bei der Rente, der Arbeitslosenunterstützung und im Gesund-

heitssystem die tiefgreifendste Sozialreform der Nachkriegszeit. In der SPD ist sie bis heute umstritten.

Zum zehnten Jahrestag stellt sich die sozialdemokratische Führungsriege jedoch demonstrativ hinter das Reformwerk. „Die Agenda 2010 war sehr erfolgreich, aber es wird zehn Jahre nach ihrer Ankündigung immer noch viel Falsches darüber erzählt“, erklärt Parteichef Sigmar Gabriel gegenüber dem „Focus“. Kanzlerkandi-

dat Peer Steinbrück kritisiert, seine Partei hätte viel selbstbewusster und stolzer damit umgehen müssen: „Wir sind Deppen, dass wir die Agenda immer mit Hartz IV gleichgesetzt haben.“ Damit könne nun Schwarz-Gelb die Rendite einfahren.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, seinerzeit Kanzleramtschef im Kabinett Schröder, bezeichnet in der „Süddeutschen Zeitung“ das Reformprojekt als

„Ausbruch aus der Abwärtsspirale“. „Wenn Schröder damals so mutlos regiert hätte wie Angela Merkel heute, stünden wir jetzt in einer Reihe mit Italien, Frankreich und Spanien vor deutlich größeren Problemen inmitten der Euro-Krise.“ Steinmeier räumt ein, dass die „Agenda 2010“ auch zu Auswüchsen etwa im Niedriglohnsektor geführt habe. Das müsse korrigiert werden – auch durch einen Mindestlohn. (dpa)

Tarifabschluss mit Kröten für beide Seiten

Einigung für den öffentlichen Dienst der Länder ohne Fortschritt für angestellte Lehrer. Netto sind bis zu 750 Euro weniger beim Einkommen möglich.

VON KARL-HEINZ REITH UND CHRISTIANE JACKE

Potsdam. Zu einem Tarifabschluss gehört es, Kröten zu schlucken – auf beiden Seiten. Das gilt auch im öffentlichen Dienst der Länder. Das Ergebnis nach drei zähen Verhandlungsrunden: Die Beschäftigten bekommen bis 2014 stufenweise 5,6 Prozent mehr Geld. Für die Länder bedeutet das Mehrkosten in Milliardenhöhe – trotz angestrebter Schuldenbremse. Aber auch für die Gewerkschaften ist längst nicht alles rosig: Beim erbiterten Streit über die Bezahlung der angestellten Lehrer gibt es keinen Fortschritt.

Augenringe, Strapazen, dramatische Szenen und Nachsitzungen sind Pflicht bei Tarifverhandlungen. Das war auch diesmal so: Sichtlich ermüdet und geschäft vom Verhandlungsmarathon traten die Kontrahenten am Samstagvormittag in Potsdam vor die Medien, um das Ergebnis zu verkünden. Zu schaffen machte den Verhandlungspartnern vor allem ein

Thema: Die Gewerkschaften wollten den Einstieg in einen bundesweit einheitlichen Tarifvertrag für die rund 200 000 angestellten Lehrer. Doch die Arbeitgeber schalteten auf stur.

Selbst als die Tarifrunde längst beendet war, gingen die Auseinandersetzungen weiter: Vor laufenden Kameras setzten die resolute Verhandlungsführerin der Bildungsgewerkschaft GEW, Ilse Schaad, und der neue Chef der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Jens Bullerjahn (SPD), ihre Schulzuweisungen fort. Schaad sprach von einer Demütigung und Provokation der Lehrer. Bullerjahn hielt dagegen: „Die öffentlichen Arbeitgeber waren bei den Gesprächen offen wie nie zuvor.“

Neue Runde nach Ostern

Der Streit wird nun nach Ostern in eine neue Runde gehen. Die GEW und die Lehrerverbände des Beamtenbundes wollen über das weitere Vorgehen beraten. „Dazu gehören selbstverständlich auch Streiks“, drohte Schaad. Jeder vierte der bundesweit 800 000 Lehrer ist nicht im Beamtenverhältnis, kann also auch streiken. Ein angestellter Pädagoge in Sachsen bekommt heute unter Umständen netto 750 Euro weniger pro Monat als ein verbeamteter Kollege in Bayern oder Baden-Württemberg – bei gleicher Arbeit und Ausbildung.

Dass in Sachen Lehrerbesoldung „Strukturprobleme“ bereinigt werden müssen, räumte auch Bullerjahn ein. Viele Länder haben heute schon Probleme, für ihre Schulen ausreichend Nachwuchs zu bekommen. Bundesweit ist jeder dritte Lehrer älter als 55, in den neuen Ländern gibt es kaum noch Pädagogen unter 40. Der jüngste



Erklärungen zum Tarifabschluss vor der Presse: Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD), der Verhandlungsführer der Länder, und Ilse Schaad (GEW). Foto: dpa

Beschluss der Kultusminister, künftig alle Lehrerexamen bundesweit anzuerkennen, dürfte die Abwanderung der Pädagogen in reichere Länder befördern.

Für Bullerjahn, der seit Herbst 2012 den Vorsitz der Länder-Arbeitgebervereinigung führt, war die Tarifrunde die erste große Be-

währungsprobe. Auch Gewerkschafter bescheinigten ihm Ruhe und Souveränität in der Verhandlungsführung. Als Finanzminister von Sachsen-Anhalt muss Bullerjahn spitz rechnen. Dass es aber auf der Gehaltsseite nicht ohne Zugeständnisse der Arbeitgeber abging, war ihm auch klar.

Wulff droht angeblich schärfere Anklage

Hannover. Die Staatsanwaltschaft Hannover soll ihre Vorwürfe gegen Ex-Bundespräsident Christian Wulff nach „Focus“-Informationen verschärfen. Inzwischen gehe es um Bestechlichkeit, nicht mehr nur um Vorteilsannahme. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Hannover, Hans-Jürgen Lendeckel, wollte den Bericht nicht kommentieren. Wulffs Rechtsanwalt Gernot Lehr sagte der Nachrichtenagentur dpa: „Wir äußern uns weiterhin mit keinem Wort zum Ermittlungsverfahren.“

Bestechlichkeit könnte laut Strafgesetzbuch mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden, Vorteilsannahme nur mit bis zu drei Jahren.

Unterdessen will Wulff im Mai in die Offensive gehen und bei einem Kongress in Luzern über das Verhältnis zwischen Politik und Medien reden. „Ob er dabei auch über seine persönlichen Erfahrungen sprechen wird, ist aber gänzlich offen“, sagte Lehr. (dpa)

Baby in Gaza von palästinensischem Geschoss getötet

Tel Aviv. Ein palästinensisches Baby, das während der Gaza-Kämpfe im November getötet wurde, ist laut einem UN-Bericht nicht von einer israelischen Rakete getroffen worden. Vielmehr sei das Kind von einem fehlgeleiteten palästinensischen Geschoss getötet worden, zitiert israelische Medien den entsprechenden Bericht des UN-Menschenrechtsrats.

Das elf Monate alte Kind war im Saitun-Viertel in Gaza gestorben. Ein Foto seines trauernden Vaters, der für den britischen Sender BBC arbeitet, war damals zu einem Symbolbild für das tragische Blutvergießen in Nahost geworden. Es hatte zunächst geheißt, eine israelische Rakete habe das Haus in Gaza getroffen. Bei dem Vorfall wurden auch die Mutter des Kindes und ein 18-Jähriger getötet.

Bei den achtstägigen Kämpfen waren mindestens 164 Palästinenser und sechs Israelis getötet worden. (dpa)

Dem Atom-Lobbyisten wächst eine lange Lügennase

Rund 2000 Menschen demonstrieren gegen das Kernkraftwerk in Tihange. Anlass ist der zweite Jahrestag der Fukushima-Katastrophe.

VON CHRISTIAN REIN

Tihange. Rund 2000 Menschen, darunter mehrere hundert aus der Region Aachen, haben am Sonntag im belgischen Tihange nahe Lüttich die Abschaltung des dortigen Kernkraftwerks gefordert. Die Demonstration, zu der Aktivisten aus Belgien, den Niederlanden und Deutschland aufgerufen hatten, war Teil der weltweiten Proteste gegen Kernenergie anlässlich des Jahrestages der Atom-Katastrophe im japanischen Fukushima, die sich heute vor zwei Jahren ereignete (siehe Seite 3).

„Fukushima ist überall“, stand etwa auf den Plakaten in Tihange. Ein als Tod verkleideter Demonstrant führte den Protestzug an; seine Sense zierte der Schriftzug des Kraftwerks-Betreibers Electrabel. Den – aus Sicht der Demonstranten – gespielten ironischen Witz gab es gleich dazu: Begleitet wurde der Tod von einer als Kernkraft-Lobbyist Monsieur Pi Nocchio auftretenden Aktivistin, die – mit samt langer Lügennase – immer wieder behauptete, dass die Kernenergie eine wunderbare Sa-

che und der Meiler in Tihange selbstverständlich sicher sei.

Der Block 2 des Kraftwerks in Tihange und der Block 3 der Schwester-Anlage in Doel bei Antwerpen sind seit dem vergangenen Sommer abgeschaltet, nachdem Tau-

sende kleine Risse in den Druckbehältern entdeckt worden waren. Die belgische Atomaufsichtsbehörde FANC prüft derzeit, ob die Meiler wieder angefahren werden können. Probleme gibt es aber auch mit Block 1 des Meilers in Ti-

hange. Dort gibt es ein Leck in einem Abklingbecken, aus dem radioaktive Flüssigkeit austritt.

Der Aachener Anti-Atomkraft-Aktivist Jörg Schellenberg griff Electrabel und FANC bei der Abschlusskundgebung direkt vor



Ihr Schlachtruf ist „Stop Tihange!“. Der Aachener Anti-Atomkraft-Aktivist Jörg Schellenberg (Mitte) führt mit seinem belgischen Mitstreiter Leo Tubbox (links mit roter Mütze) und dem Niederländer Gert-Jan Krabbendam (4. von rechts) die Demonstration gegen das Kernkraftwerk in der Nähe von Lüttich an. Foto: Christian Rein